Öffentliche Sitzung
des Bau- und Umweltausschusses/Betriebsausschusses für Stadtentwässerung
am Mittwoch, den 19.05.2021
im Peter-Parler-Saal des Congress-Centrums Stadtgarten

Beginn: 16:05 Uhr
Ende: 20:05 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender
Herr Oberbürgermeister Richard Arnold
stellv. Vorsitzender
Herr Bürgermeister Julius Mihm
Herr Erster Bürgermeister Christian Baron
CDU
Herr Stadtrat Martin Bläse
Herr Stadtrat Thomas Kaiser
Herr Stadtrat Christof Preiß
Frau Stadträtin Dr. Birgit Stahl
Frau Stadträtin Brigitte Weiß
Herr Stadtrat Georg Zimmermann
Bündnis 90/Die Grünen
Herr Stadtrat Elmar Hägele
Herr Stadtrat Karl Miller
Herr Stadtrat Karl-Andreas Tickert
SPD
Herr Stadtrat Tim-Luka Schwab
Herr Stadtrat Johannes Zengerle bis 18:57 Uhr.
Die Linke
Herr Stadtrat Dr. Andreas Benk
Freie Wähler Frauen Schwäbisch Gmünd
Frau Stadträtin Dr. Constance Schwarzkopf-Streit
Die Bürgerliste Schwäbisch Gmünd
Herr Stadtrat Ullrich Lothar Dombrowski
FDP/FW
Herr Stadtrat Dr. Peter Vatheuer
Integrationsrat
Frau Integrationsrätin Aslihan Dosgül
Ortsvorsteher
Herr Ortsvorsteher Bernhard Feifel
Herr Ortsvorsteher Klaus-Peter Funk
Herr Ortsvorsteher Josef Heissenberger
Herr Ortsvorsteher Franz Rieg
Herr Ortsvorsteher Gerd Zischka
Verwaltung
Herr René Bantel
Schriftführerin
Frau Melanie Bihlmaier

Verwaltung
Frau Eva Bublitz
Herr Geschäftsführer Peter Ernst
Herr Hermann Gaugele
Herr Alexander Groll
Herr Gerhard Hackner
Frau Maike Heinle
Herr Markus Herrmann
Herr Christian Joswig
Herr Helmut Ott
Frau Jasmin Seitz
Herr Alexander Trautmann
Frau Franka Zanek
Gast
Herr Stadtrat Gabriel Baum
Herr Stadtrat Dr. Uwe Beck ab 18:49 Uhr.
Frau Stadträtin Gertraude von Streit

T a g e s o r d n u n g

==========

1 Bauantrag der Fa. Weleda

2 Billigungsbeschluss für den Vorentwurf zum Flächennutzungsplan mit Landschaftsplan der Vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft Schwäbisch Gmünd - Waldstetten mit Zieljahr 2035 - Einleitung der frühzeitigen Beteiligung

3 Mozartschule in GD-Hussenhofen
Generalsanierung Betonbau und Altbau
Neubau Mensa/GTS
Erweiterung Bauteil Nord
Erweiterter Baubeschluss
Bezug: GR-Drucksachen 219/2019, 050/2017, 051/2016, 181/2015

4 Baubeschluss Sanierung Südfassade Scheuelbergschule Bargau

5 Ersatzbeschaffung eines Hochdruckspülfahrzeuges
Bezug: Vorlage 026/2021

6 Ausblick auf künftige Vorhaben

7 Bekanntgaben

7.1 Corona

8 Anfragen

8.1 Präsentation Weleda

Oberbürgermeister Arnold begrüßt die Mitglieder, die Presse und die Gäste recht herzlich zur öffentlichen Sitzung.

Aufgrund neuer Entwicklungen wird der Tagesordnungspunkt 3 abgesetzt.

Er stellt die Beschlussfähigkeit und die ordnungsgemäße Ladung fest.

Es liegen keine Anmerkungen zur Tagesordnung vor.

zu 1 Bauantrag der Fa. Weleda

Protokoll:

Oberbürgermeister Arnold begrüßt Herrn Türk, Frau Trah, Herrn Prof. Schuller sowie Frau Martischoski (siehe Anlage).

Stadtrat Kaiser/CDU bedankt sich für die Präsentation. Es sei ein hervorragendes Energiekonzept und neue Technologien. Es würde nur ein Hektar von insgesamt sechs Hektar Fläche bebaut werden und man gleiche gleichzeitig Flächen an anderer Stelle aus. Mit der PV-Anlage und der Begrünung sei man einverstanden. Er erkundigt sich aus welchen Materialien die Fensterrahmen seien. Außerdem sei ihm der Lärmschutz bei der Modellierung des Gebäudes wichtig gewesen, dies sei bereits so berücksichtigt worden.

Herr Prof. Schuller antwortet, dass es Holzfenster sein werden. Die Begrünung mache Sinn, aber die PV-Anlage solle lieber auf das Dach als auf die grüne Wiese.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen bedankt sich für den Vortrag. Er sei begeistert. Es sei ein tolles Gesamtkonzept. Die Begrünung solle jedoch kein Präzedenzfall sein. Man könne sich in diesem Fall aufgrund des sehr gelungenen Gesamtkonzeptes für eine Ausnahme aussprechen.

Stadtrat Schwab/SPD äußert, dass man mit dem Projekt einen klimafreundlichen Meilenstein schaffe. Die Fraktion werde der PV-Anlage zustimmen, es sei ein tolles und nachhaltiges Energiekonzept. Er erkundigt sich, ob man mit den Stadtwerken bezüglich der PV-Anlage bereits Gespräche geführt habe.

Herr Prof. Schuller antwortet, dass man hier gerne Gespräche führe. Man überlege eine Power-to-Guess-Anlage zu installieren und überschüssigen Strom in Wasserstoff umzuwandeln und in das Gasnetz der Stadt einzuspeisen.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE bedankt sich für die Präsentation. Er erkundigt sich bei Herrn Prof. Schuller nach den Gründen, warum nicht alle Unternehmen so nachhaltig bauen würden. Die anderen Firmen, die sich auf dem Gügling ansiedeln, würden vermutlich anders bauen. Außerdem erkundigt er sich, mit welchem Verkehrsaufkommen man rechne.

Herr Prof. Schuller antwortet, dass es aufgrund der vermuteten Mehrkosten nicht dazu komme, dass alle Unternehmen so bauen. Die Lehmfassade koste mehr, amorti-

siere sich jedoch nach 20 Jahren. Viele Unternehmen würden jedoch nur mit einer Amortisationszeit von sechs Jahren rechnen. Man müsse die Bauherren davon überzeugen, dass diese längerfristig denken.

Herr Türk führt aus, dass man in die Zukunft plane. Man gehe davon aus, dass das Gebäude 50 Jahre ohne Probleme stehe. Andere Gebäude würden bis dahin wieder Nachrüstungen benötigen.

Frau Trah äußert, dass nachts keine Verkehrslast stattfinde, man plane mit einem Regelbetrieb zwischen 07:00 und 18:00 Uhr. In der ersten Phase sei mit ca. 64 Wareinein- und -ausgängen zu rechnen. Dies entspreche ca. zehn bis 20 Lastkraftwagen pro Tag.

Stadträtin Dr. Schwarzkopf-Streit/Freie Wähler Frauen bedankt sich ebenfalls für den Vortrag. Sie sei ebenfalls begeistert. Es sei sehr gelungen und äußerst nachahmenswert. Sie erkundigt sich nach den derzeitigen Mehrkosten.

Herr Prof. Schuller antwortet, dass man ein KfW40-Haus habe. Um diese Anforderungen zu erfüllen, würden jedoch entsprechende Mehrkosten beispielsweise durch die Dreifachverglasung und die Dämmung entstehen. Jedoch vergebe die KfW derzeit sehr viele Zuschüsse.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste bedankt sich ebenfalls für den umfassenden Bericht und die innovative Bebauung. Es sei sehr überzeugend. Er hoffe, dass auch andere Unternehmen diese neuen Wege gehen werden.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW schließt sich den Vorrednern an. Die Firma Weleda sei ein Glücksfall für Schwäbisch Gmünd. Er erkundigt sich nach der Deckung des Strombedarfs an Tagen mit wenigen Sonnenstunden.

Herr Prof. Schuller antwortet, dass man hierfür eine andere Technologie benötige, da die PV-Anlage hier nicht ausreiche. Zur Auswahl stehe ein Batteriepuffer, der jedoch sehr teuer sei und Platz benötige. Daher wolle man aus dem überschussigen Strom Gas produzieren und dieses dann bei weniger sonnigen Tagen nutzen.

Bürgermeister Mihm findet das Projekt der Weleda ein gutes Beispiel, warum man von der Dachbegrünung auch abweichen könne.

Stadtrat Tickert/Bündnis 90/Die Grünen bedankt sich und erläutert, dass der Ortschaftsrat Bettringen mit großer Überzeugung dem Bauantrag zugestimmt habe, auch wenn man die Folgen mittragen müsse. Er bittet darum, den Vortrag im Ortschaftsrat zu wiederholen.

Ortsvorsteher Heissenberger bedankt sich ebenfalls und erkundigt sich nach der Art des Holzes, das verwendet werden würde.

Herr Türk antwortet, es werde eine heimische Holzart sein, die dem natürlichen Verwitterungsprozess unterliege.

Oberbürgermeister Arnold bedankt sich für den Vortrag und das Projekt, das landes-

weit einen Vorbildcharakter einnehmen könne.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 60
nachrichtlich an Amt:

zu 2 Billigungsbeschluss für den Vorentwurf zum Flächennutzungsplan mit Landschaftsplan der Vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft Schwäbisch Gmünd - Waldstetten mit Zieljahr 2035
- Einleitung der frühzeitigen Beteiligung
Vorlage: 084/2021

Protokoll:

Oberbürgermeister Arnold begrüßt Herrn Puschmann und erläutert, dass man alle Erkenntnisse, die man in den letzten Jahren gewinnen konnte in den Flächennutzungsplan einfließen lassen habe.

Bürgermeister Mihm führt aus, dass Gmünd 2020 noch nicht abgeschlossen sei, sondern dass es immer noch darstelle, in welchem Entwicklungsprozess man stehe und wo man herkomme. Eine geordnete Neubildung von Flächen sei wichtig, was man auch an TOP 1 sehe. Das Projekt hätte im Innenbereich nicht verwirklicht werden können. Hätte man keine Fläche anbieten können, hätte sich die Firma anderswo entwickelt, möglicherweise auch in einem anderen Land. Es gehe auch um Arbeitsplätze. Wichtig sei darüber hinaus, dass man auch entsprechende Wohnmöglichkeiten gestalte. Man habe eine Liste von 1000 Interessenten für einen Bauplatz. Dies sei noch nie auf diesem hohen Niveau gewesen. Man habe einen Zuwachs von Menschen, die sich gerne in Schwäbisch Gmünd niederlassen wollen. Man habe einen Einpendler-Überschuss. Wenn man Wohnraum schaffe, reduziere man die Zahl der Pendler, was sich positiv auf die CO_2-Bilanz auswirke. Man müsse auch die Stadtstruktur betrachten. Schwäbisch Gmünd habe eine klassische Tallage mit der Kernstadt und einen Kranz von Stadtteilen. Jeder der Stadtteile stelle einen abgeschlossenen lebensfähigen Organismus dar. Alle bräuchten für sich eine Entwicklungsmöglichkeit. Daher sei in Summe ein Entwicklungsbedarf da, wenn man dies so weiterführen möchte. Wenn man nichts machen würde, würde man schrumpfen. In 15 Jahren hätte man 2.500 Einwohner weniger, weil bspw. Kinder wegziehen würden. Dann würden in großen Häusern weniger Menschen wohnen, man habe dann einen Einwohnerverlust. Daher müsse man dies entsprechend gestalten und Möglichkeiten bieten.

Herr Hackner präsentiert den Sachverhalt (siehe Anlage), im Anschluss stellen Herr Puschmann und Frau Schnalzger den Flächennutzungsplan vor (siehe Anlage).

Stadtrat Preiß/CDU bedankt sich für den Vortrag. Es seien viele Informationen gewesen. Man müsse sich noch intensiv mit der Thematik befassen. Wichtig sei aus seiner Sicht jedoch, dass der Flächennutzungsplan die Rahmenbedingungen vorgebe und

daher auch an Veränderungen angepasst werden müsse. Die Einbindung der Ortschaftsräte sei richtig und wichtig. Er erkundigt sich, was mit den Altflächen passiere. Er glaube nicht an die hohe Zahl der Neuflächen, da auch Bestandsflächen zur Verfügung stehen, beispielsweise durch den Weggang von Firmen. In Großdeinbach habe sich eine Initiative gegen Gewerbeflächen gebildet. Man müsse auch bedenken, dass man in Schwäbisch Gmünd nicht alleine sei, sondern mit anderen Kommunen konkurriere. Bei der letzten Klausurtagung seien alle Fraktionen der Meinung gewesen, dass man Einwohner hinzugewinnen müsse. ASPEN sei ein großartiges Projekt. Einfamilienhäuser zu verbieten sei keine Lösung. Wichtig sei jedoch auch, dass man auch an den Rückbau und nicht nur an den Neubau denke und leerstehende Gebäude durch die Umwandlung eines Gewerbegebietes in ein Mischgebiet einer neuen Nutzung zuführe.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen bedankt sich für die Vorstellung. Die einzelnen Flächen müsse man noch näher beleuchten. Der Flächennutzungsplan sei die Idee, wo man die Stadt in den nächsten 15 Jahren hin entwickeln wolle. Man habe gute Ansatzpunkte festgelegt. Drei Punkte sehe die Fraktion jedoch kritisch: Die Entwicklung des Einwohnerzuwachses, der fehlende Ausgleich bei einer Flächenversiegelung und die Bewertung des Zuwachses des Verkehrs. Die Fraktion könne die Berechnung der Einwohnerentwicklung nicht nachvollziehen. Man anerkenne den Eigenbedarf der Stadtteile, sofern auch Bebauungspläne aufgestellt werden. Die hohe Zahl der Einwohner entspreche jedoch nicht dem Bedarf, sondern höchstens der Nachfrage. Herr Prof. Schuller habe bereits vor acht Jahren gesagt, dass er keine Einfamilienhäuser mehr bauen würde. So weit wolle die Fraktion nicht gehen. Wenn bestehende Gebäude zurückgebaut werden würden, würde man sich leichter mit den Flächen tun. Die Begründung des Bedarfs sei nicht nachvollziehbar. Wenn man derzeit 17.000 Einpendler habe, verstehe man nicht, warum davon plötzlich 5.000 nach Schwäbisch Gmünd ziehen wollten. Die Stadt begründe dies mit ASPEN, doch dieses Projekt habe man dem Gemeinderat damit schmackhaft gemacht, dass man verloren gegangene Arbeitsplätze wieder auffüllen wolle. Wenn 1000 bis 2000 zusätzliche Menschen nach Schwäbisch Gmünd wegen ASPEN kommen würden, würden diese in den derzeit geplanten Neubauprojekten unterkommen. Man würde sich mehr Engagement der Stadt für ein verdichtetes Bauen wünschen. Als Maßstab könne man gerne die Stadt Tübingen heranziehen, diese entwickle sich mit höherer Wohndichte. Zum zweiten Kritikpunkt, dem großen Flächenverbrauch stelle sich die Fraktion die Frage, wo dies hinführen solle und wie man bis 2035 einen Flächenverbrauch von netto null erreichen wolle. Hier erwarte man einen konkreten Vorschlag der Verwaltung. Außerdem möchte die Fraktion wissen, wo man Potenzial für eine Verringerung des Flächenverbrauchs sehe. Positiv sei die Wiederbewässerung trockener Bereiche. Wichtig sei, dass man zugewiesene Ausgleichsflächen im Flächennutzungsplan abbilde. Außerdem frage sich die Fraktion wie viel Stau und Lärm man den Einwohnern an den Zufahrtsstraßen zumuten wolle. Wenn das Projekt ASPEN gelinge sei dies gut. Wenn dies jedoch nicht mit Wasserstoff verwirklicht werden könne, dürfe dies nicht zu einer schlichten Erweiterung des Gewerbegebiets Gügling führen. Die Fraktion sei außerdem der Meinung, dass man keinen Einwohnerzuwachs benötige. Die Fraktion erwarte deutliche Verbesserungen und Änderungen, momentan könne man dem nicht zustimmen. Man sei aber gerne zu Gesprächen bereit.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man dies am 30.06.2021 im Bau- und Umweltausschuss diskutieren könne, müsse aber einzelne Themenschwerpunkte bil-

den. Das Thema mit den Einwohnern sei eine alte Diskussion. Dieses Thema müsse man ebenfalls separat beraten. Die Fragen nehme man mit und werde diese dann beantworten.

Stadtrat Schwab/SPD äußert ebenfalls, dass man die Vorlage intensiv diskutieren müsse. Ein grenzenloses Wachstum sei schlicht unmöglich, die angestrebte Flächenpolitik sei nicht gut. Ökologisch sei die vorgelegte Planung eine Katastrophe. Es seien 262,8 Hektar an wertvollen Flächen, die versiegelt werden sollen. Man müsse den Flächenverbrauch in den Griff bekommen. Dieses Ziel werde man nicht erreichen, es sei ein völlig falsches Signal. Man werde dies intensiv in der Fraktion diskutieren. Aber auch ökonomisch müsse man sich kritisch beschäftigen müssen. Am Vortag hätten einige Fraktion eine Veranstaltung mit einem Experten, Herrn Dr. Sekol gehabt. Dieser untersuche seit Jahren die negativen Aspekte. Man müsse sich mit der Thematik intensiv wissenschaftlich auseinandersetzen. Auch dies werde man intensiv diskutieren. Man sehe den Gewerbebedarf. Ob man dem Vorentwurf zustimmen könne, wisse man derzeit nicht. Man müsse Naturschutzgebiete ausweisen.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE findet es wichtig, dass die Fragen bis zur Gemeinderatssitzung beantwortet werden. Er regt an, die Fragen schriftlich zu formulieren.

Oberbürgermeister Arnold bedankt sich für den Vorschlag und bittet die Fraktionen darum, die Fragen schriftlich einzureichen. Über den Flächennutzungsplan werde man nicht wie ursprünglich vorgesehen am 09.06.2021 Beschluss fassen, man werde sich Zeit zur Diskussion nehmen.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE äußert, dass für die Berechnung des Bedarfs die Einwohnerzahl maßgeblich sei. Hier seien in der Regel die Zahlen des Statistischen Landesamtes heranzuziehen, in begründeten Ausnahmefällen könnten die Kommunen auf eigene Erhebungen zurückgreifen. Hiervon mache Schwäbisch Gmünd Gebrauch. Während das Statistische Landesamt von einer Zunahme von 750 Einwohnern bis 2035 ausgehe, würden die eigenen Berechnungen der Stadt von mehr als 5.000 Einwohnern ausgehen. Dies werde durch den Zuzug von Einpendlern begründet, dies sei jedoch nicht nachvollziehbar. Es sei nicht nachvollziehbar, warum Einpendler herziehen wollen, aber Auspendler nicht wegziehen. Dies sei willkürlich und nicht nachvollziehbar. Nicht nachvollziehbar sei auch die Kritik an der Prognose des Statistischen Landesamts. Dass sich der Zuwachs der Einwohner beschleunigt habe, sei falsch. Seit 2015 habe sich der Zuwachs verlangsamt, er sei sogar zurückgegangen. Würde Schwäbisch Gmünd die Zahlen des Statistischen Landesamtes zugrunde legen, käme man auf einen Flächenbedarf von 46,3 Hektar. Dieser Bedarf könne weiter reduziert werden, wenn man das vorhandene Wohnraumpotenzial stärker ausschöpfen würde. Wenn man dann noch das noch vorhandene Potenzial des derzeitigen Flächennutzungsplans ausschöpfe, müsste man im neuen Flächennutzungsplan eigentlich gar keine neuen Wohnflächen ausweisen. Auch die Bedarfsberechnung für die Gewerbeflächen sehe man kritisch. Die Stadt habe in den vergangenen 15 Jahren Gewebeflächen von 60 Hektar verkauft, für die kommenden Jahre habe man jedoch einen doppelt so hohen Bedarf angemeldet. Nicht nachvollziehbar sei, dass die Neuansiedlungen für ASPEN addiert werden. Die Prognose setze außerdem voraus, dass das Projekt verwirklicht werde. Es sei Sache des Gemeinderats und nicht der Stadtverwaltung zu entscheiden wie man weiter verfahre, wenn die ursprünglichen Hauptakteure sich nicht ansiedeln wollen. Daher wolle man endlich umfassende Auskünfte zum aktuel-

len Stand. Man erwarte eine revidierte und nachvollziehbare Flächenbedarfsberechnung, die jetzige sei dies nicht. Das Ziel des Einwohnerzuwachses müsse intensiv diskutiert werden. Mit dem vorgelegten Entwurf des Flächennutzungsplans würde die Stadt ihren Flächenverbrauch nicht reduzieren, sondern um das Sechsfache erhöhen. Dies sei nicht maßvoll, sondern maßlos. Man müsse sich auch Gedanken machen, was man mit freistehenden Flächen in den Gewerbegebieten mache. Außerdem müsse sich der Flächennutzungsplan am Regionalplan orientieren, dieser sei verbindlich. Der Regionalplan werde derzeit auch revidiert, dies laufe parallel. Er schlägt vor, den Regionalplan abzuwarten und darauf aufbauend den Flächennutzungsplan zu entwickeln.

Oberbürgermeister Arnold bedankt sich für die Ausführungen. Man habe den Prozess 2015 gestartet, die Welt sei damals noch eine andere gewesen. Der Flächennutzungsplan sei ein Instrument der Stadtentwicklungsplanung, das aus den 1970er und 1980er Jahren stamme. Der vorgelegte Entwurf sei die konsequente Fortschreibung aus dieser Zeit. Das, was man diskutiere und neu denke, das würden andere Städte genauso erleben. Man müsse sich die Zeit nehmen, da man einen Systembruch habe. Der Flächennutzungsplan sei nun auch ein allumfassendes gesellschaftliches Instrument. Es bedürfe einer umfassenden Bürgerbeteiligung, dies benötige Zeit. Verlangt werde aber auch ein Ergebnis, dies müsse man berücksichtigen.

Stadträtin Dr. Schwarzkopf-Streit/Freie Wähler Frauen bedankt sich für den Vortrag und schließt sich den Vorrednern an. Sie könne die Berechnungen für den Bedarf an Neubauten nicht nachvollziehen. Der Flächennutzungsplan sei das Minimum, von dem man ausgehe. Kinder könnten das Elternhaus übernehmen und die Eltern im Garten ein kleineres Haus bauen. Dies sei ein gutes Modell, werde jedoch aufgrund der Vorgaben der Bebauungspläne zu wenig umgesetzt.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste äußert, dass man grundsätzliche Bedenken habe, dass man die Vorhersagen zu optimistisch angehe. Man müsse sich daher intensiv damit auseinandersetzen. Schwäbisch Gmünd werde vom Transformationsprozess betroffen sein, man müsse daher davon ausgehen, dass Gewerbeflächen von bestehenden Industrien frei werden. Hier habe man keine Ansatzpunkte in welchem Umfang dies dazu führen könnte, dass die Flächen nicht mehr in diesem Umfang benötigt werden. Auch das Problem der demografischen Entwicklung sei nicht berücksichtigt. Ebenfalls müsse man sich die Altersstruktur der Zuziehenden ansehen. Er schlägt vor, Herrn Dr. Sekol zu einem Vortrag im Gemeinderat einzuladen. Ein gewichtiger Punkt sei auch, dass ein Einwohnerzuwachs Synergieeffekte für Gewerbe und Handel schaffe. Dies müsse man ebenfalls im Blick behalten. Denn wenn das Gewerbe zurückgehe, werde man auch Einwohner verlieren. Dies solle man in der Berechnung berücksichtigen. Man müsse sich die Sache noch genauer ansehen und näher betrachten.

Oberbürgermeister Arnold betont, dass man sich intensiv damit auseinandersetzen werde. Man müsse jedoch auch sehen, dass man in Konkurrenz zu anderen Kommunen stehe.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW bestätigt dies. Er bedankt sich für den Vortrag. Er wünscht sich mehr Mut auch in Sachen Kernstadtentwicklung.

Oberbürgermeister Arnold fasst zusammen, dass die Fraktionen die Anregungen schriftlich einreichen sollen. Auf dieser Grundlage werde man die Sitzung am 30.06.2021 vorbereiten und die Themen vorstrukturieren.

Stadtrat Hägele/Bündnis 90/Die Grünen erinnert daran, dass man eine aussagekräftige Bevölkerungsstatistik vorlegen solle. Die Daten des Statistischen Landesamtes würden nicht zu den angegebenen Daten passen.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man dies aufbereiten werde.

Herr Puschmann führt aus, dass man das alte Instrument des Flächennutzungsplans verteidigen müsse. Man erreiche dadurch eine städtebauliche Ordnung und müsse auch genügend Möglichkeiten für eine Entwicklung bieten.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 60
nachrichtlich an Amt:

zu 3 Mozartschule in GD-Hussenhofen
Generalsanierung Betonbau und Altbau
Neubau Mensa/GTS
Erweiterung Bauteil Nord
Erweiterter Baubeschluss
Bezug: GR-Drucksachen 219/2019, 050/2017, 051/2016, 181/2015
Vorlage: 073/2021

Protokoll:

Abgesetzt.

zu 4 Baubeschluss Sanierung Südfassade Scheuelbergschule Bargau
Vorlage: 071/2021

Protokoll:

Oberbürgermeister Arnold führt in den Sachverhalt ein und ist froh, dass man nun mit der Sanierung beginnen könne.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen erkundigt sich nach dem energetischen Standard.

Herr Joswig antwortet, dass man dies im Gesamtzusammenhang betrachten müsse

und es eine energetische Verbesserung durch die Sanierung geben würde. Man werde Holz-Aluminium-Fenster einbauen.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 65
nachrichtlich an Amt:

zu 5 Ersatzbeschaffung eines Hochdruckspülfahrzeuges
Bezug: Vorlage 026/2021
Vorlage: 026/2021/1

Protokoll:

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE erkundigt sich, warum man hier nicht öffentlich ausschreibe, um mehr Angebote zu erhalten.

Bürgermeister Mihm antwortet, dass es nur wenige Anbieter gebe, daher frage man diese direkt an.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig (1 Enthaltung) fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

Die Stadtverwaltung, Eigenbetrieb Stadtentwässerung, wird ermächtigt, bei der Fa. Leistikow zum Angebotspreis von 164.720,99 € einen Hochdruckspülwagen zu kaufen.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 68
nachrichtlich an Amt:

zu 6 Ausblick auf künftige Vorhaben

Protokoll:

Keine.

zu 7 Bekanntgaben

zu 7.1 Corona

Protokoll:

Oberbürgermeister Arnold gibt bekannt, dass die Inzidenz im Ostalbkreis derzeit bei 100,3 liege. Wenn diese unter 100 sinke, der Landrat dies feststelle und die Inzidenz fünf Tage nacheinander auch unter 100 bleibe, könne die Gastronomie öffnen. In Schwäbisch Gmünd habe man derzeit 190 aktive Fälle, die sich mehrheitlich im privaten Umfeld infiziert hätten. Verwunderlich sei, dass der Anteil der über 60-Jährigen trotz Impfungen immer noch sehr hoch sei.

zu 8 Anfragen

zu 8.1 Präsentation Weleda

Protokoll:

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen erkundigt sich, ob die Präsentation von der Firma Weleda den Stadträten zur Verfügung gestellt werden könne.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man sich erkundigen werde.

Für die Richtigkeit!

Den .....
Oberbürgermeister:

Den .....
Stadtrat:

Den .....
Schriftführer:

Den .....
Stadtrat:

Gesehen!

Den .....
Stadtkämmerei: